Kooperationsvereinbarung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Die Kommune Musterstadt verfolgt das Ziel, Bildung für nachhaltige Entwicklung als Querschnittsthema in der kommunalen Bildungslandschaft zu etablieren. Bürger:innen sollen darin unterstützt werden, ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen und Handlungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung kennenzulernen.

Mit dieser Vereinbarung erklären sich die beteiligten Partner bereit, ihre Bildungsangebote stärker miteinander zu vernetzen und gemeinsam neue Projekte im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung zu entwickeln. Beteiligt sind kommunale und freie Bildungsträger, Vereine und Initiativen, zivilgesellschaftliche Akteur:innen sowie bürgerschaftliche Gruppen. Auch die Agentur für Arbeit und das Jobcenter sollen dort einbezogen werden, wo nachhaltige Entwicklung mit Fragen von Qualifizierung, Berufsorientierung und Arbeitsmarktentwicklung verbunden ist.

Die Zusammenarbeit soll insbesondere Themen wie Klimaschutz, Ressourcenschonung, nachhaltige Mobilität, Konsum, Biodiversität, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften aufgreifen. Schulen, Kindertageseinrichtungen, Weiterbildungseinrichtungen und außerschulische Lernorte werden dazu ermutigt, gemeinsam mit lokalen Partnern praxisorientierte Bildungsangebote umzusetzen.

Vereine, Initiativen und zivilgesellschaftliche Organisationen bringen dabei ihre praktischen Erfahrungen und ihr lokales Wissen ein. Denkbar sind unter anderem Umweltbildungsangebote, Exkursionen, Repair-Cafés, Gemeinschaftsgärten, Mobilitätsprojekte oder Workshops zu nachhaltigem Konsum. Bürgerschaftliche Gruppen können eigene Projektideen entwickeln und gemeinsam mit Bildungsträgern und kommunalen Einrichtungen erproben.

Auch der Übergang von Bildung in Beschäftigung soll berücksichtigt werden. Die Agentur für Arbeit und das Jobcenter können Informationen über Berufsfelder und Qualifizierungsangebote im Bereich nachhaltiger Technologien und sogenannter "grüner Berufe" einbringen. Bildungsträger sollen entsprechende Weiterbildungs- und Orientierungsangebote stärker miteinander abstimmen.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Verbindung von Wissen und konkretem Handeln im Alltag. Bildungsangebote sollen deshalb möglichst an den Lebenswelten der Teilnehmenden anknüpfen und erfahrbar machen, wie nachhaltige Entscheidungen in Bereichen wie Ernährung, Wohnen, Energie, Mobilität, Konsum oder gesellschaftlichem Engagement umgesetzt werden können. Neben der Vermittlung von Fachwissen sollen dabei auch Gestaltungskompetenz, gemeinsames Problemlösen und die Fähigkeit gestärkt werden, unterschiedliche Interessen und Zielkonflikte zu erkennen und abzuwägen.

Die Partner verfolgen dabei einen ganzheitlichen Ansatz. Nachhaltigkeit soll nicht nur Gegenstand einzelner Veranstaltungen sein, sondern nach Möglichkeit auch in den Strukturen und Abläufen der beteiligten Einrichtungen berücksichtigt werden. Dazu können beispielsweise nachhaltige Beschaffung, ressourcenschonende Veranstaltungsplanung, klimafreundliche Mobilität, die Nutzung regionaler Angebote oder die Beteiligung von Lernenden und Beschäftigten an Veränderungsprozessen gehören. Auf diese Weise können Bildungsorte selbst zu sichtbaren Lern- und Erfahrungsräumen nachhaltiger Entwicklung werden.

Die Beteiligung der Bürger:innen ist ein wesentlicher Bestandteil der Kooperation. Insbesondere Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sollen Möglichkeiten erhalten, eigene Fragestellungen, Perspektiven und Projektideen einzubringen. Beteiligungsformate können dabei mit bestehenden kommunalen Prozessen, Quartiersaktivitäten oder lokalen Nachhaltigkeitsinitiativen verknüpft werden. Ziel ist es, nicht nur über nachhaltige Entwicklung zu informieren, sondern konkrete Räume zu schaffen, in denen Menschen eigene Ideen entwickeln, erproben und gemeinsam Verantwortung übernehmen können.

Die Angebote sollen möglichst niedrigschwellig, inklusiv und für unterschiedliche Zielgruppen zugänglich gestaltet werden. Bei der Planung sollen deshalb unterschiedliche zeitliche, sprachliche, finanzielle und räumliche Voraussetzungen berücksichtigt werden. Wo möglich, sollen kostenfreie oder kostengünstige Formate, gut erreichbare Lernorte sowie barrierearme Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Partner achten zudem darauf, auch Menschen anzusprechen, die bislang nur selten an Bildungsangeboten im Bereich nachhaltiger Entwicklung teilnehmen.

Die Kommune übernimmt die Aufgabe, den Austausch zwischen den beteiligten Akteur:innen zu koordinieren und Informationen über Projekte, Fördermöglichkeiten und Bildungsangebote zentral zugänglich zu machen. Ein regelmäßiger BNE-Runder Tisch soll mindestens zweimal jährlich stattfinden und Raum für die Entwicklung neuer Kooperationen bieten. Ergänzend sollen geeignete digitale Informationswege genutzt werden, um Angebote, Ansprechpartner:innen, gute Praxisbeispiele und aktuelle Beteiligungsmöglichkeiten sichtbar zu machen.

Darüber hinaus sollen gemeinsame Ziele und ausgewählte Kennzahlen entwickelt werden, um Fortschritte sichtbar zu machen. Dazu können beispielsweise die Zahl gemeinsamer Bildungsprojekte, beteiligter Einrichtungen oder erreichter Teilnehmender gehören. Ergänzend sollen qualitative Rückmeldungen der Teilnehmenden und beteiligten Einrichtungen berücksichtigt werden, damit auch Lernerfahrungen, neue Kooperationen und konkrete Veränderungen in den Einrichtungen erfasst werden können.

Die Partner verständigen sich darauf, die Zusammenarbeit regelmäßig zu reflektieren und bei Bedarf weiterzuentwickeln. Im Rahmen des BNE-Runden Tisches sollen Erfahrungen aus Projekten ausgewertet, neue Bedarfe aufgenommen und gemeinsame Schwerpunkte für die weitere Arbeit festgelegt werden. Erfolgreiche Ansätze sollen dokumentiert, sichtbar gemacht und nach Möglichkeit auf weitere Bildungsbereiche oder Stadtteile übertragen werden.

Ziel der Kooperation ist es, Bildung für nachhaltige Entwicklung langfristig in unterschiedlichen Bildungsbereichen zu verankern und gemeinsam eine lernende, verantwortungsbewusste und zukunftsorientierte Kommune zu gestalten. Die beteiligten Partner verstehen die Vereinbarung als Grundlage für eine dauerhafte Zusammenarbeit, die unterschiedliche Kompetenzen verbindet, lokale Ressourcen nutzt und Bürger:innen dazu ermutigt, nachhaltige Entwicklung aktiv mitzugestalten.

Für die beteiligten Partner

Ort, Datum	Unterschrift / Institution